

RUDOLF MOSER

Fragen des lateinamerikanischen Handelsrechts

Heft 1 der Schriftenreihe „Lateinamerikanische Studien“ des Lateinamerikanischen Instituts an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Zürich und St. Gallen 1966, Oerell Füssli Verlag, 36 S.

Diese erweiterte Fassung eines Vortrages gibt in knapper Form einen Einblick in die Schwierigkeiten, die sich dem Verständnis fremder Rechtskreise entgegenstellen. Der Verfasser verweist auf die nicht seltene Spannung zwischen Gesetz und Rechtswirklichkeit in Lateinamerika. Neben zum Teil veralteten Kodifikationen, die heute noch gelten, gibt es neue Gesetze, die den bestehenden Zuständen weit vorausseilen können. Die Gerichts- und Verwaltungspraxis erlauben es kaum, sich an dem Wortlaut des Gesetzestextes allein zu orientieren.

Besondere Schwierigkeiten tauchen im Internationalen Privatrecht auf, da die Wurzeln des Rechts zwar häufig verwandt, jedoch nicht einheitlich sind. Darüber hinaus haben viele Bestimmungen in den einzelnen Ländern im Laufe der Zeit mannigfache Änderungen erfahren. Das wird an Beispielen des Kaufvertrages, der Vollstreckbarkeit ausländischer Urteile und der Schiedsgerichtsbarkeit rechtsgeschichtlich und rechtsvergleichend erörtert.

Hans Jolowicz

A. GUY HOPE

America and Swaraj — The U. S. Role in Indian Independence

Washington, D. C., 1968, Public Affairs Press, VIII, 136 S., \$ 4.50

Die „natürliche“ Solidarität zwischen antikolonialen Bewegungen, bzw. die „natürliche“ Solidarität zwischen nachkolonialen Staaten gehört heute zum Credo der „Dritten Welt“. In diesem Zusammenhang ist es eine höchst interessante Frage, wie sich nachkoloniale Staaten gegenüber antikolonialen Bewegungen in anderen Gebieten und sogar

Kontinenten verhalten. Der erste und älteste nachkoloniale Staat der Neuzeit sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Man weiß, daß sie sich besonders für die Entkolonisierung eingesetzt haben, vor allem für die Einfügung des Mandatssystems in die Satzung des Völkerbundes und für das Treuhandsystem der Vereinten Nationen. Im Zusammenhang mit der Entkolonisierung im 20. Jahrhundert wird immer wieder auf die Bedeutung der Vierzehn Punkte Wilsons hingewiesen, insbesondere auf die Rolle, die das von ihm propagierte Selbstbestimmungsprinzip in der antikolonialen Bewegung gespielt hat. Damit ist aber noch nicht klar, welche Stellung die Vereinigten Staaten gegenüber den antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen eingenommen haben. Das Beispiel der amerikanischen Politik auf den Philippinen und die noch ältere amerikanische Chinapolitik nähren den Verdacht, daß das Bekenntnis zur Dekolonisierung, jedenfalls zeitweilig, nur ein Vorwand für die Ausdehnung des amerikanischen Einflußbereiches gewesen sein könnte. In Frankreich werden solche Theorien gelegentlich vertreten. Eine Klärung dieser Fragen scheint geboten. Gerade deshalb ist die vorliegende Untersuchung über die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Unabhängigkeit Indiens zu begrüßen.

Der Verfasser stellt zunächst das amerikanische Interesse an Indien und an der indischen Unabhängigkeitsbewegung dar. Er arbeitet dabei heraus, daß im Vordergrund des Interesses nicht eine antikoloniale Solidarität gestanden hat, sondern vielmehr eine religionswissenschaftlich-orientalistische Beschäftigung mit Indien, die zu einer Hochachtung vor der indischen Kultur führte. Dieses amerikanische Indieninteresse korrespondierte mit den Interessen britischer Orientalisten, die vor allem die Mittler der amerikanischen Kenntnisse über Indien waren. Selbst die Auffassungen über die Möglichkeiten einer Unabhängigkeit Indiens wurden noch im Anfang des 20. Jahrhunderts von Großbritannien übernommen. Der Präsident Theodor Roosevelt war der Ansicht, daß nur durch die

weiße Rasse in Indien, d. h. durch die britische Herrschaft, ein Chaos von Blutvergießen und Gewalttätigkeit vermieden würde. Ob Wilson bei seinen Vierzehn Punkten an Indien gedacht hat, ist ungewiß. Auf jeden Fall wurden die indischen Unabhängigkeitspolitiker durch die Verkündung der Vierzehn Punkte ermuntert, sich in Amerika nach Hilfe umzusehen.

Der erste Inder, der in Amerika um Verständnis für die Situation der Kolonie warb, war der Hindu Swami Vivekananda, der anlässlich der Weltreligionskonferenz von Chicago im Jahre 1893 eine flammende Anklage gegen die Kolonialherrschaft vorbrachte. Aber erst nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich in Amerika eine breitere proindische Propaganda. Sie wurde vor allem von Religionsgemeinschaften getragen. Das Ziel dieser proindischen Bewegung in den Vereinigten Staaten war es, die Regierung zu einer indienfreundlichen Politik zu bewegen, insbesondere sie dahin zu bringen, daß sie Großbritannien zu einer Entlassung Indiens aus der britischen Herrschaft dränge.

Nach den Untersuchungen des Verfassers haben hier die vermuteten wirtschaftlichen Interessen keine nennenswerte Rolle gespielt. Großbritannien hat sich einem solchen amerikanischen Drängen zur Aufgabe des wichtigsten Teiles seines kolonialen Reiches entgegengestellt, während in Amerika die Sympathie für Indien immer stärker wurde, bis während des Zweiten Weltkrieges Gandhi sogar anregte, amerikanische Truppen sollten zum Schutz Indiens gegen einen japanischen Angriff in die Kolonie einrücken. Das Vertrauen der indischen Politiker in die Vereinigten Staaten als ihre Verbündeten gegen Großbritannien ist nach Ansicht des Verfassers damals am größten gewesen. Als Zeugnisse dieses Vertrauens fügt der Verfasser dem Buch zwei Briefe und einen Bericht an, die Nehru, Gandhi und ein amerikanischer Beobachter in Indien an Roosevelt gesandt haben.

Für die Frage, ob es eine antikoniale Solidarität zwischen den Vereinigten

Staaten und Indien gegeben hat, kommt das Buch zu einer verneinenden Antwort. Es verneint auch die Frage, ob Wirtschaftsinteressen für die amerikanische Indien-Politik nach Durchsetzung des Selbstbestimmungsprinzips ausschlaggebend gewesen seien. Das Buch kommt vielmehr zu dem Ergebnis, daß das amerikanische Engagement für die Unabhängigkeit Indiens eine Frucht der Aktivität indischer Unabhängigkeitspolitiker gewesen ist. Nicht die amerikanische Geschichte hat die Vereinigten Staaten aus eigenem Antrieb zum Verfechter der indischen Unabhängigkeit werden lassen, sondern die indischen Politiker haben unter Hinweis auf die amerikanische Geschichte die Vereinigten Staaten zum Verbündeten ihrer Politik gewonnen. Das Buch erlaubt sicherlich noch kein abschließendes Urteil über Amerikas Haltung zu den Unabhängigkeitsbewegungen des 20. Jahrhunderts. Es ist jedoch geeignet, einige verbreitete Vorstellungen über die Intentionen der amerikanischen Dekolonisierungspolitik zu erschüttern.

Dieter Schröder

HORST JAECKEL

Die Nordwestgrenze in der Verteidigung Indiens 1900—1908 und der Weg Englands zum russisch-britischen Abkommen von 1907

Köln und Opladen 1968, Westdeutscher Verlag, 296 S., DM 29,—

Die Nordwestgrenze Indiens bzw. Pakistans ist nach wie vor ein schweres Problem der indischen bzw. pakistanischen Politik. Die Grenze ist eine von Großbritannien geschaffene Trennungslinie quer durch stammesmäßige Zusammenhänge, und ihre Künstlichkeit wirkt bis heute nach. Die nicht immer freundliche Haltung des afghanischen Königs in Kabul und die unkontrollierbare Bewegung der Bergstämme an der Grenze zum indischen Subkontinent, die sich nicht nur einer Kontrolle der europäischen Kolonialmacht des Subkontinents, sondern auch einer Kontrolle